

50. Gesetz vom 30. Juni 2010, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (12. G-VBG-Novelle)
51. Gesetz vom 30. Juni 2010, mit dem das Innsbrucker Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (8. I-VBG-Novelle)
52. Gesetz vom 30. Juni 2010, mit dem das Gemeindebeamtenengesetz 1970 geändert wird
53. Gesetz vom 30. Juni 2010, mit dem das Innsbrucker Gemeindebeamtenengesetz 1970 geändert wird

50. Gesetz vom 30. Juni 2010, mit dem das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (12. G-VBG-Novelle)

Der Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz, LGBL Nr. 68/2001, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL Nr. 15/2010, wird wie folgt geändert:

1. Im Abs. 2 des § 1 entfällt in der lit. h die Wortfolge „in der jeweils geltenden Fassung“.
2. Im § 2 entfällt im ersten Satz die Wortfolge „in der jeweils geltenden Fassung“.
3. Die Überschrift des 2. Abschnitts und die §§ 21 bis 24 haben zu lauten:

„Sonderbestimmungen für pädagogische Fachkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen

§ 21

Dienstzeit

(1) Die Wochendienstzeit für pädagogische Fachkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen beträgt für die Kinderbetreuung und für die Vor- und Nachbereitung insgesamt 40 Wochenstunden.

(2) Die Vor- und Nachbereitung umfasst insbesondere die Vorbereitung der pädagogischen Arbeit, die Dokumentation der pädagogischen Arbeit, die Eltern- und Teamarbeit, die Fortbildung und die Verwaltungstätigkeit.

(3) Für die Vor- und Nachbereitung sind von pädagogischen Fachkräften, die Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen betreuen, fünf Stunden und von pädagogischen Fachkräften, die heilpädagogische Gruppen betreuen, acht Stunden der Wochendienstzeit zu verwenden.

(4) Für die Besorgung von Leitungsaufgaben nach § 30 Abs. 1 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbe-

treuungsgesetzes, LGBL Nr. 48/2010, sind von pädagogischen Fachkräften unbeschadet des Abs. 3 drei Stunden der Wochendienstzeit zu verwenden.

(5) Bei Teilzeitbeschäftigung verringern sich die Zeiten nach den Abs. 3 und 4 auf das der Teilzeitbeschäftigung entsprechende Ausmaß.

§ 22

Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres, Urlaub

(1) Die pädagogischen Fachkräfte sind während der nach § 2 Abs. 17 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes nicht zum Kindergartenjahr zählenden Zeiten (Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres) beurlaubt, soweit im Abs. 2 und in den §§ 23 und 24 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die pädagogischen Fachkräfte sind zu Beginn und am Ende des Zeitraumes nach § 2 Abs. 2 Z. 2 des Schulzeitgesetzes 1985 bis zum Höchstausmaß von insgesamt sechs Tagen zur Anwesenheit und zur Dienstleistung in der Kinderbetreuungseinrichtung verpflichtet, wenn dies erforderlich ist.

§ 23

Urlaubsonderregelungen

(1) Auf pädagogische Fachkräfte, die während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen werden, sind die §§ 54 bis 62 des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle des Kalenderjahres das Kinderbetreuungsjahr im Sinn des § 2 Abs. 16 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes tritt. Der Erholungsurlaub ist so weit wie möglich während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zu verbrauchen.

(2) Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres, in denen pädagogische Fachkräfte nicht zur Dienstleistung herangezogen werden, gelten als verbrauchter Erholungsurlaub. Der Berechnung des Urlaubsverbrauches ist die durchschnittliche tägliche Dienstzeit zugrunde zu legen.

(3) Die von pädagogischen Fachkräften, die während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen werden, gegenüber pädagogischen Fachkräften, die während dieser Zeiten nicht zur Dienstleistung herangezogen werden, erhöhte jährliche Dienstzeit ist, soweit die Wochendienstzeit nach § 21 Abs. 1 nicht überschritten wird, durch Freizeit im Verhältnis 1:1 bis spätestens zum Ende des nächstfolgenden Kinderbetreuungsjahres auszugleichen. Dies gilt nicht für Tätigkeiten nach § 22 Abs. 2 und für die Fortbildung nach § 24. Ist der Zeitausgleich nicht möglich, so ist die erhöhte Dienstzeit mit der Grundvergütung für Überstunden nach § 29 Abs. 2 abzugelten. Die Grundvergütung ist nur für tatsächlich geleistete Dienststunden zu gewähren.

(4) Auf pädagogische Fachkräfte, deren Dienstverhältnis vor dem Ablauf des Kinderbetreuungsjahres endet, sind die Abs. 1 und 2 sinngemäß anzuwenden, auch wenn sie nicht während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen wurden.

§ 24 Fortbildung

Pädagogische Fachkräfte haben sich um ihre berufliche Fortbildung zu bemühen. Sie sind jedenfalls verpflichtet, während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres Fortbildungsveranstaltungen im Ausmaß von höchstens fünf Tagen im Kinderbetreuungsjahr zu besuchen, wenn sie hiezu beauftragt werden.“

4. Im Abs. 1 des § 25 wird die Wortfolge „Kindergärtnerinnen und Sonderkindergärtnerinnen“ durch die Wortfolge „Pädagogische Fachkräfte“ ersetzt.

5. § 26 hat zu lauten:

„§ 26 Dienstzulage für Leitungsaufgaben

(1) Für die Besorgung von Leitungsaufgaben nach § 30 Abs. 1 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes gebührt eine Dienstzulage. Sie wird durch die Dienstzulagengruppe und die Entlohnungsstufe bestimmt.

(2) Es bestehen folgende Dienstzulagengruppen:

a) Dienstzulagengruppe 1: für die Leitung von fünf oder mehr Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen und für die Leitung von vier oder mehr heilpädagogischen Gruppen,

b) Dienstzulagengruppe 2: für die Leitung von vier Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen und für die Leitung von drei heilpädagogischen Gruppen,

c) Dienstzulagengruppe 3: für die Leitung von drei Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen und für die Leitung von zwei heilpädagogischen Gruppen,

d) Dienstzulagengruppe 4: für die Leitung von zwei Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen und für die Leitung einer heilpädagogischen Gruppe,

e) Dienstzulagengruppe 5: für die Leitung einer Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppe.“

6. In der Überschrift des § 27 wird das Wort „Leiterinnen“ durch das Wort „Leitungsaufgaben“ und im Abs. 1 des § 27 wird das Wort „Leiterinnen“ durch die Wortfolge „die Besorgung von Leitungsaufgaben“ ersetzt.

7. Der Abs. 2 des § 27 hat zu lauten:

„(2) Pädagogischen Fachkräften, die mindestens während eines Monats ununterbrochen vertretungsweise Leitungsaufgaben besorgen, gebührt ab dem 31. Kalendertag der Vertretung pro Kalendertag 1/30 der Dienstzulage nach Abs. 1.“

8. Die Überschrift und der Abs. 1 des § 28 haben zu lauten:

„Dienstzulage für die Betreuung von Integrationsgruppen und heilpädagogischen Gruppen

(1) Pädagogischen Fachkräften, die Integrationsgruppen oder heilpädagogische Gruppen betreuen und die besonderen Anstellungserfordernisse nach § 31 Abs. 1 lit. d oder e des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes erfüllen, gebührt eine Dienstzulage. Sie wird durch die Entlohnungsstufe bestimmt.“

9. Der Abs. 3 des § 28 hat zu lauten:

„(3) Pädagogischen Fachkräften, die heilpädagogische Gruppen betreuen und die im Abs. 1 genannten besonderen Anstellungserfordernisse nicht erfüllen, gebührt eine Dienstzulage in der Höhe von 50 v. H. der Dienstzulage nach Abs. 2.“

10. Der Abs. 1 des § 29 hat zu lauten:

„(1) Eine Überstunde liegt vor, wenn die Wochendienstzeit für die Kinderbetreuung von pädagogischen Fachkräften, die

a) Kinderkrippen- Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen betreuen, 35 Wochenstunden,

b) heilpädagogische Gruppen betreuen, 32 Wochenstunden,

c) Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen leiten, 32 Wochenstunden und

d) ausschließlich heilpädagogische Gruppen leiten, 29 Wochenstunden überschreitet.“

11. Nach § 29 wird folgende Bestimmung als neuer § 30 eingefügt:

„§ 30

**Vorübergehende Zuweisung
zur Dienstleistung**

(1) Pädagogische Fachkräfte können in Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres ohne ihre Zustimmung einer anderen Gemeinde vorübergehend zur Dienstleistung zugewiesen werden, wenn dort eine gemeindeübergreifende Kinderbetreuungsgruppe im Sinn des § 2 Abs. 9 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes unter Beteiligung der zuweisenden Gemeinde geführt wird.

(2) Eine vorübergehende Zuweisung zur Dienstleistung nach Abs. 1 gilt als Dienstzuteilung. Für deren Dauer gilt die Kinderbetreuungseinrichtung, in der die gemeindeübergreifende Kinderbetreuungsgruppe geführt wird, als Dienststelle. Der Bürgermeister der Standortgemeinde ist im Sinn der dienstrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter der vorübergehend zur Dienstleistung zugewiesenen pädagogischen Fachkräfte; gegenüber diesen obliegen ihm jedoch ausschließlich die Ausübung der Fachaufsicht und die Befugnis zur Erteilung von fachlichen Weisungen.“

12. Die Überschrift des 3. Abschnitts hat zu lauten:

**„Sonderbestimmungen für Assistenzkräfte
in Kinderbetreuungseinrichtungen“**

13. Der bisherige § 30 wird durch den folgenden neuen § 31 ersetzt:

„§ 31

(1) Für Assistenzkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen gelten die §§ 54 bis 62 des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes sinngemäß mit der Maßgabe, dass anstelle des Kalenderjahres das Kinderbetreuungsjahr im Sinn des § 2 Abs. 16 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes tritt, der Erholungsurlaub während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zu verbrauchen ist und die Zeit einer Beurlaubung nach § 22 Abs. 1 als verbrauchter Erholungsurlaub gilt.

(2) Assistenzkräfte sind in das Entlohnungsschema I nach § 81g des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes einzustufen.

(3) Für Assistenzkräfte, die die volle Wochendienstzeit von 40 Stunden überschreiten, gilt hinsichtlich des Ausgleiches von Überstunden in Freizeit § 28 des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes bzw. hinsichtlich der Überstundenvergütung § 5 sinngemäß.

(4) Für Assistenzkräfte gilt § 30 sinngemäß.“

14. Der bisherige § 31 und der 4. Abschnitt werden aufgehoben.

15. Der bisherige 5. Abschnitt erhält die Abschnittsbezeichnung „4.“, und die bisherigen §§ 33 bis 38 erhalten die Paragraphenbezeichnungen „32“ bis „37“.

16. Der neue § 35 hat zu lauten:

„§ 35

Verweisungen

(1) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich Verweisungen auf Landesgesetze auf die jeweils geltende Fassung.

(2) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich Verweisungen auf Bundesgesetze auf die im Folgenden jeweils angeführten Fassung:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 150/2009,

2. Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz – BUAG, BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,

3. Einkommensteuergesetz 1988 – EStG 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 9/2010,

4. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 9/2010,

5. Gehaltskassengesetz 1959, BGBl. Nr. 254, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. Nr. 104/1985,

6. Gehaltskassengesetz 2002, BGBl. I Nr. 154/2001, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,

7. Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – GuKG, BGBl. I Nr. 108/1997, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 130/2009,

8. Gutsangestelltengesetz, BGBl. Nr. 538/1923, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 116/2009,

9. Hausbesorgergesetz, BGBl. Nr. 16/1970, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 44/2000,

10. Hebammengesetz – HebG, BGBl. Nr. 310/1994, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 102/2008,

11. Mietrechtsgesetz – MRG, BGBl. Nr. 520/1981, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 30/2009,

12. MTD-Gesetz, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 101/2008,

13. Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfsdienste – MTF-SHD-G, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 57/2008,

14. Schauspielergesetz, BGBl. Nr. 441/1922, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 98/2001,

15. Schulzeitgesetz 1985, BGBl. Nr. 77/1985, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 29/2008.“

17. In der Überschrift des neuen § 36 wird das Wort „Gemeinschaftsrecht“ durch das Wort „Unionsrecht“ ersetzt.

18. Der neue § 37 hat zu lauten:

„§ 37
**Übergangsbestimmungen
 für pädagogische Fachkräfte**

Auf pädagogische Fachkräfte (Kindergärtnerinnen, Sonderkindergärtnerinnen, Leiterinnen an Kindergärten, Integrationskindergärten und heilpädagogischen Kindergärten sowie Erzieher und Sondererzieher), deren Dienstverhältnis vor dem 20. September 2006 begonnen hat, sind die §§ 21, 23 und 29 in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 59/2006 weiter anzuwenden.“

19. Nach dem neuen § 37 wird folgende Bestimmung als § 38 eingefügt:

„§ 38
**Übergangsbestimmungen für Assistenzkräfte
 mit Anspruch auf Ferien**

(1) Assistenzkräfte (Kindergartenhelferinnen), deren Dienstverhältnis vor dem Inkrafttreten der 12. G-VBG-Novelle, LGBL. Nr. 50/2010, begonnen hat und die zu diesem Zeitpunkt in die Entlohnungsgruppe kgh eingereiht sind, haben weiter Anspruch auf Ferien. Ihnen gebührt weiter das Monatsentgelt der Entlohnungsgruppe kgh.

(2) Das Monatsentgelt in der Entlohnungsgruppe kgh beträgt:

in der Entlohnungsstufe	Euro
1	1.383,4
2	1.404,3
3	1.425,2
4	1.526,7
5	1.547,2
6	1.568,1

Der Landtagspräsident:
van Staa

Das Mitglied der Landesregierung:
Steixner

Der Landesamtsdirektor:
Liener

Der Landeshauptmann:
Platter

in der Entlohnungsstufe	Euro
7	1.589,0
8	1.609,7
9	1.651,1
10	1.671,9
11	1.692,9
12	1.714,0
13	1.782,3
14	1.806,8
15	1.830,5
16	1.855,0
17	1.886,8
18	1.920,3
19	1.954,2

(3) Die besondere Zulage zum Monatsentgelt nach § 81n des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes gebührt nicht.

(4) Für Assistenzkräfte, die während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres nicht zu Dienstleistungen verpflichtet werden, gelten die §§ 22 und 24 sinngemäß.

(5) Für Assistenzkräfte, die während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen werden, gilt § 23 Abs. 1, 2 und 4 sinngemäß. § 23 Abs. 3 gilt für diese Assistenzkräfte mit der Maßgabe, dass die erhöhte Dienstzeit mit der Grundvergütung für Überstunden nach § 5 Abs. 3 abzugelten ist.

(6) Die Abs. 4 und 5 gelten nicht für Assistenzkräfte, deren Dienstverhältnis vor dem 20. September 2006 begonnen hat; für diese Assistenzkräfte ist § 31 Abs. 4 und 5 in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 50/2007 weiter anzuwenden.“

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit 1. September 2010 in Kraft.

51 • Gesetz vom 30. Juni 2010, mit dem das Innsbrucker Vertragsbedienstetengesetz geändert wird (8. I-VBG-Novelle)

Der Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Innsbrucker Vertragsbedienstetengesetz, LGBL Nr. 35/2003, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL Nr. 102/2009, wird wie folgt geändert:

1. Im Abs. 2 des § 1 entfällt in der lit. g die Wortfolge „in der jeweils geltenden Fassung“.

2. Im Abs. 2 des § 33 entfällt jeweils die Wortfolge „in der jeweils geltenden Fassung“.

3. Im Abs. 1 des § 36 entfällt die Wortfolge „in der jeweils geltenden Fassung“.

4. Der Abs. 1 des § 37 hat zu lauten:

„(1) Das Monatsentgelt des vollbeschäftigten Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I beträgt:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	a	b	c	d	e
	Euro				
1	1.943,6	1.536,3	1.361,1	1.304,8	1.248,8
2	1.991,3	1.573,5	1.393,4	1.330,0	1.262,9
3	2.039,5	1.610,7	1.425,5	1.354,8	1.276,9
3a	—	1.648,6	—	—	—
4	2.135,8	1.688,2	1.521,5	1.429,5	1.319,2
5	2.184,1	1.728,9	1.553,8	1.454,4	1.333,2
6	2.265,5	1.772,1	1.585,7	1.479,2	1.347,3
7	2.347,3	1.815,5	1.617,7	1.504,4	1.361,3
8	2.428,6	1.876,5	1.650,1	1.529,3	1.375,5
9	2.509,4	1.939,0	1.719,5	1.578,8	1.403,8
10	2.671,6	2.102,8	1.755,8	1.603,9	1.417,6
11	2.753,0	2.185,0	1.793,0	1.629,0	1.431,7
12	2.834,4	2.266,3	1.830,3	1.654,3	1.445,7
13	2.915,4	2.347,5	1.943,6	1.735,0	1.488,1
14	3.233,3	2.591,2	1.981,4	1.764,2	1.502,3
15	3.339,4	2.672,9	2.019,2	1.793,0	1.516,3
16	3.445,6	2.753,6	2.057,0	1.822,0	1.530,3
17	3.552,0	2.834,9	2.094,6	1.860,0	1.544,5
18	3.658,5	2.915,6	2.132,5	1.900,1	1.558,6
19	3.764,7	2.996,6	2.170,3	1.940,6	1.572,6“

5. Der Abs. 1 des § 39 hat zu lauten:

„(1) Das Monatsentgelt des vollbeschäftigten Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas II beträgt:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe				
	p1	p2	p3	p4	p5
	Euro				
1	1.368,3	1.339,9	1.311,7	1.283,3	1.254,9
2	1.400,5	1.367,8	1.336,7	1.302,9	1.269,3
3	1.433,0	1.395,6	1.361,7	1.322,7	1.283,4
4	1.529,9	1.478,8	1.437,3	1.381,4	1.326,0
5	1.562,5	1.506,8	1.461,8	1.400,9	1.340,2
6	1.594,7	1.533,9	1.486,8	1.420,4	1.354,6
7	1.627,3	1.561,8	1.512,0	1.440,0	1.368,6
8	1.660,1	1.589,9	1.537,2	1.460,0	1.382,8
9	1.729,9	1.645,3	1.587,2	1.499,1	1.411,7
10	1.767,6	1.674,5	1.612,0	1.518,7	1.425,6
11	1.805,3	1.705,0	1.637,3	1.538,2	1.439,7
12	1.842,8	1.735,0	1.663,0	1.558,3	1.454,1
13	1.957,1	1.831,8	1.745,3	1.617,1	1.496,5
14	1.995,4	1.864,3	1.774,8	1.636,7	1.510,7
15	2.033,6	1.896,8	1.803,6	1.656,6	1.524,9
16	2.071,3	1.929,8	1.832,8	1.677,7	1.539,5
17	2.109,7	1.962,6	1.862,3	1.698,8	1.554,1
18	2.147,7	1.995,7	1.891,7	1.719,8	1.568,7
19	2.185,9	2.028,7	1.921,3	1.740,8	1.583,1“

6. Der Abs. 2 des § 47 hat zu lauten:

„(2) Den Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I und des Entlohnungsschemas II gebührt eine Verwaltungsdienstzulage. Sie beträgt:

in der Entlohnungsgruppe	Entlohnungsstufe	Euro
p1 bis p5, e, d, c, b		148,9
a	1 bis 7	148,9
a	ab 8	189,1“

7. Die Überschrift des 7. Abschnitts und die §§ 81 bis 84 haben zu lauten:

„Sonderbestimmungen für pädagogische Fachkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen

§ 81

Dienstzeit

(1) Die Wochendienstzeit für pädagogische Fachkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen beträgt für die Kinderbetreuung und für die Vor- und Nachbereitung insgesamt 40 Wochenstunden.

(2) Die Vor- und Nachbereitung umfasst insbesondere die Vorbereitung der pädagogischen Arbeit, die Dokumentation der pädagogischen Arbeit, die Eltern- und Teamarbeit, die Fortbildung und die Verwaltungstätigkeit.

(3) Für die Vor- und Nachbereitung sind von pädagogischen Fachkräften, die Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen betreuen, fünf Stunden und von pädagogischen Fachkräften, die heilpädagogische Gruppen betreuen, acht Stunden der Wochendienstzeit zu verwenden.

(4) Für die Besorgung von Leitungsaufgaben nach § 30 Abs. 1 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes, LGBL Nr. 48/2010, sind unbeschadet des Abs. 3 von pädagogischen Fachkräften drei Stunden der Wochendienstzeit zu verwenden.

(5) Bei Teilzeitbeschäftigung verringern sich die Zeiten nach den Abs. 3 und 4 auf das der Teilzeitbeschäftigung entsprechende Ausmaß.

§ 82

Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres, Urlaub

(1) Die pädagogischen Fachkräfte sind während der nach § 2 Abs. 17 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes nicht zum Kindergartenjahr zählenden Zeiten (Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres) beurlaubt, soweit im Abs. 2 und in den §§ 83 und 84 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die pädagogischen Fachkräfte sind zu Beginn und am Ende des Zeitraumes nach § 2 Abs. 2 Z. 2 des Schulzeitgesetzes 1985 bis zum Höchstausmaß von insgesamt sechs Tagen zur Anwesenheit und zur Dienstleistung in der Kinderbetreuungseinrichtung verpflichtet, wenn dies erforderlich ist.

§ 83

Urlaubssonderregelungen

(1) Auf pädagogische Fachkräfte, die während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen werden, sind die §§ 54 bis 62 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle des Kalenderjahres das Kinderbetreuungsjahr im Sinn des § 2 Abs. 16 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes tritt. Der Erholungsurlaub ist so weit wie möglich während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zu verbrauchen.

(2) Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres, in denen pädagogische Fachkräfte nicht zur Dienstleistung herangezogen werden, gelten als verbrauchter Erholungsurlaub. Der Berechnung des Urlaubsverbrauches ist die durchschnittliche tägliche Dienstzeit zugrunde zu legen.

(3) Die von pädagogischen Fachkräften, die während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen werden, gegenüber pädagogischen Fachkräften, die während dieser Zeiten nicht zur Dienstleistung herangezogen werden, erhöhte jährliche Dienstzeit ist, soweit die Wochendienstzeit nach § 81 Abs. 1 nicht überschritten wird, durch Freizeit im Verhältnis 1:1 bis spätestens zum Ende des nächstfolgenden Kinderbetreuungsjahres auszugleichen. Dies gilt nicht für Tätigkeiten nach § 82 Abs. 2 und für die Fortbildung nach § 84. Ist der Zeitausgleich nicht möglich, so ist die erhöhte Dienstzeit mit der Grundvergütung für Überstunden nach § 89 Abs. 2 abzugelten. Die Grundvergütung ist nur für tatsächlich geleistete Dienststunden zu gewähren.

(4) Auf pädagogische Fachkräfte, deren Dienstverhältnis vor dem Ablauf des Kinderbetreuungsjahres endet, sind die Abs. 1 und 2 sinngemäß anzuwenden, auch wenn sie nicht während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen wurden.

§ 84

Fortbildung

Pädagogische Fachkräfte haben sich um ihre berufliche Fortbildung zu bemühen. Sie sind jedenfalls verpflichtet, während der Zeiten außerhalb des Kindergar-

tenjahres Fortbildungsveranstaltungen im Ausmaß von höchstens fünf Tagen im Kinderbetreuungsjahr zu besuchen, wenn sie hiezu beauftragt werden.“

8. Der Abs. 1 des § 85 hat zu lauten:

„(1) Pädagogische Fachkräfte sind in die Entlohnungsgruppe ki einzureihen. Das Monatsentgelt in der Entlohnungsgruppe ki beträgt:

in der Entlohnungsstufe	Euro
1	1.759,4
2	1.789,1
3	1.817,2
4	1.839,2
5	1.871,2
6	1.914,7
7	1.990,6
8	2.089,6
9	2.153,1
10	2.217,6
11	2.316,7
12	2.438,4
13	2.560,4
14	2.681,9
15	2.803,4
16	2.910,8
17	3.023,3
18	3.143,5
19	3.252,8“

9. § 86 hat zu lauten:

„§ 86

Dienstzulage für Leitungsaufgaben

(1) Für die Besorgung von Leitungsaufgaben nach § 30 Abs. 1 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes gebührt eine Dienstzulage. Sie wird durch die Dienstzulagengruppe und die Entlohnungsstufe bestimmt.

(2) Es bestehen folgende Dienstzulagengruppen:

a) Dienstzulagengruppe 1: für die Leitung von fünf oder mehr Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen und für die Leitung von vier oder mehr heilpädagogischen Gruppen,

b) Dienstzulagengruppe 2: für die Leitung von vier Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen und für die Leitung von drei heilpädagogischen Gruppen,

c) Dienstzulagengruppe 3: für die Leitung von drei Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen und für die Leitung von zwei heilpädagogischen Gruppen,

d) Dienstzulagengruppe 4: für die Leitung von zwei Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integra-

tionsgruppen und für die Leitung einer heilpädagogischen Gruppe,

e) Dienstzulagen Gruppe 5: für die Leitung einer Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppe.“

10. Die §§ 87 und 88 haben zu lauten:

„§ 87

Höhe der Dienstzulage für Leitungsaufgaben

(1) Die Dienstzulage für die Besorgung von Leitungsaufgaben beträgt:

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Entlohnungsstufen		
	1 bis 10	11 bis 15	ab 16
Euro			
1	251,3	266,7	285,7
2	229,6	241,9	258,1
3	181,2	192,0	205,5
4	137,8	146,5	155,5
5	86,4	92,3	99,3“

(2) Pädagogischen Fachkräften, die mindestens während eines Monats ununterbrochen vertretungsweise Leitungsaufgaben besorgen, gebührt ab dem 31. Kalendertag der Vertretung pro Kalendertag 1/30 der Dienstzulage nach Abs. 1.

§ 88

Dienstzulage für die Betreuung von Integrationsgruppen und heilpädagogischen Gruppen

(1) Pädagogischen Fachkräften, die Integrationsgruppen oder heilpädagogische Gruppen betreuen und die besonderen Anstellungserfordernisse nach § 31 Abs. 1 lit. d oder e des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes erfüllen, gebührt eine Dienstzulage. Sie wird durch die Entlohnungsstufe bestimmt.

(2) Die Dienstzulage nach Abs. 1 beträgt:

in den Entlohnungsstufen	Euro
1 bis 5	88,2
6 bis 11	124,0
ab 12	176,0

(3) Pädagogischen Fachkräften, die heilpädagogische Gruppen betreuen und die im Abs. 1 genannten Anstellungserfordernisse nicht erfüllen, gebührt eine Dienstzulage in der Höhe von 50 v. H. der Dienstzulage nach Abs. 2.“

11. Der Abs. 1 des § 89 hat zu lauten:

„(1) Eine Überstunde liegt vor, wenn die Wochendienstzeit für die Kinderbetreuung von pädagogischen Fachkräften, die

a) Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen betreuen, 35 Wochenstunden,

b) heilpädagogische Gruppen betreuen, 32 Wochenstunden,

c) Kinderkrippen-, Kindergarten-, Hort- oder Integrationsgruppen leiten, 32 Wochenstunden und

d) ausschließlich heilpädagogische Gruppen leiten, 29 Wochenstunden

überschreitet.“

12. Die Überschrift des 8. Abschnitts und § 90 haben zu lauten:

„Sonderbestimmungen für Assistenzkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen

§ 90

(1) Für Assistenzkräfte in Kinderbetreuungseinrichtungen gelten die §§ 54 bis 62 sinngemäß mit der Maßgabe, dass anstelle des Kalenderjahres das Kinderbetreuungs-jahr im Sinn des § 2 Abs. 16 des Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetzes tritt, der Erholungsurlaub während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zu verbrauchen ist und die Zeit einer Beurlaubung nach § 82 Abs. 1 als verbrauchter Erholungsurlaub gilt.

(2) Assistenzkräfte sind in das Entlohnungsschema I nach § 37 einzustufen.

(3) Für Assistenzkräfte, die die volle Wochendienstzeit von 40 Stunden überschreiten, gilt hinsichtlich des Ausgleiches von Überstunden in Freizeit § 28 bzw. hinsichtlich der Überstundenvergütung § 89 sinngemäß.“

13. § 91 und der 9. Abschnitt werden aufgehoben.

14. Der bisherige 10. und der bisherige 11. Abschnitt erhalten die Abschnittsbezeichnungen „9.“ und „10.“.

15. Die bisherigen §§ 93 und 94 erhalten die Paragraphenbezeichnungen „91“ und „92“, der bisherige § 94a erhält die Paragraphenbezeichnung „93“ und die bisherigen §§ 95, 96, 96a und 96b erhalten die Paragraphenbezeichnungen „94“, „95“, „95a“ und „95b“.

16. Der neue § 94 hat zu lauten:

„§ 94

Verweisungen

(1) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich Verweisungen auf Landesgesetze auf die jeweils geltende Fassung.

(2) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich Verweisungen auf Bundesgesetze auf die im Folgenden jeweils angeführte Fassung:

1. Allgemeines Hochschul-Studiengesetz – AHStG, BGBl. Nr. 177/1966, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 508/1999,

2. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 150/2009,
3. Arbeitsmarktförderungsgesetz – AMFG, BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 12/2009,
4. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 – APSG, BGBl. Nr. 683, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 56/2005,
5. Ärztegesetz 1984 – ÄrzteG, BGBl. Nr. 373, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 95/1998,
6. Ärztegesetz 1998 – ÄrzteG 1998, BGBl. I Nr. 169, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 144/2009,
7. Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz – BUAG, BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,
8. Behinderteneinstellungsgesetz – BEinstG, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 67/2008,
9. Berufsausbildungsgesetz – BAG, BGBl. Nr. 142/1969, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 82/2008,
10. Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz – BMSVG, BGBl. I Nr. 100/2002, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 152/2009,
11. Bundesgesetz über die Abgeltung von wissenschaftlichen und künstlerischen Tätigkeiten an Universitäten und Universitäten der Künste, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 120/2002,
12. Bundesministeriengesetz 1986 – BMG, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 3/2009,
13. Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland – KSE-BVG, BGBl. I Nr. 38/1997, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 35/1998,
14. Datenschutzgesetz 2000 – DSG 2000, BGBl. I Nr. 165/1999, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,
15. Einkommensteuergesetz 1988 – EStG 1988, BGBl. Nr. 400, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 9/2010,
16. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 135/2009,
17. Fachhochschul-Studiengesetz – FHStG, BGBl. Nr. 340/1993, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
18. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 9/2010,
19. Forschungsorganisationsgesetz – FOG, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 74/2004,
20. Gutsangestelltengesetz, BGBl. Nr. 538/1923, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 116/2009,
21. Hausbesorgergesetz, BGBl. Nr. 16/1970, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 44/2000,
22. Heeresgebührengesetz 2001 – HGG 2001, BGBl. I Nr. 31, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,
23. Heeresversorgungsgesetz – HVG, BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,
24. Hochschulgesetz 2005, BGBl. I Nr. 30/2006, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 134/2008,
25. Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 – KOVG 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,
26. Mietrechtsgesetz – MRG, BGBl. Nr. 520/1981, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 30/2009,
27. Mutterschutzgesetz 1979 – MSchG, BGBl. Nr. 221, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 116/2009,
28. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,
29. Schauspielergesetz, BGBl. Nr. 441/1922, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 98/2001,
30. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 113/2006,
31. Schulzeitgesetz 1985, BGBl. Nr. 77, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 29/2008,
32. Strafprozessordnung 1975 – StPO, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 142/2009,
33. Universitäts-Studiengesetz – UniStG, BGBl. I Nr. 48/1997, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 2/2008,
34. Universitätsgesetz 2002 – UG, BGBl. I Nr. 120, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 81/2009,
35. Unterrichtspraktikumsgesetz – UPG, BGBl. Nr. 145/1988, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,
36. Vertragsbedienstetengesetz 1948 – VBG, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 6/2010,
37. Wehrgesetz 1990 – WG, BGBl. Nr. 305, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 122/2001,
38. Wehrgesetz 2001 – WG 2001, BGBl. I Nr. 146, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 85/2009,
39. Zivildienstgesetz 1986 – ZDG, BGBl. Nr. 679, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 5/2009,

40. Zustellgesetz – ZustG, BGBl. Nr. 200/1982, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 5/2008.“

17. Der neue § 95b hat zu lauten:

„§ 95b

**Übergangsbestimmungen
für pädagogische Fachkräfte**

Auf pädagogische Fachkräfte (Kindergärtnerinnen, Sonderkindergärtnerinnen, Leiterinnen an Kindergärten, Integrationskindergärten und heilpädagogischen Kindergärten sowie Erzieher und Sondererzieher), deren Dienstverhältnis vor dem 20. September 2006 begonnen hat, sind die §§ 81, 83 und 89 in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 60/2006 weiter anzuwenden.“

18. Nach dem neuen § 95b wird folgende Bestimmung als § 96 eingefügt:

„§ 96

**Übergangsbestimmungen
für Assistenzkräfte
mit Anspruch auf Ferien**

(1) Assistenzkräfte (Kindergartenhelferinnen), deren Dienstverhältnis vor dem Inkrafttreten der 8. I-VBG-Novelle, LGBL. Nr. 51/2010, begonnen hat und die zu diesem Zeitpunkt in die Entlohnungsgruppe kgh eingereiht sind, haben weiter Anspruch auf Ferien. Ihnen gebührt weiter das Monatsentgelt der Entlohnungsgruppe kgh.

(2) Das Monatsentgelt in der Entlohnungsgruppe kgh beträgt:

in der Entlohnungsstufe	Euro
1	1.383,4
2	1.404,3
3	1.425,2
4	1.526,7
5	1.547,2
6	1.568,1
7	1.589,0
8	1.609,7
9	1.651,1
10	1.671,9
11	1.692,9
12	1.714,0
13	1.782,3
14	1.806,8
15	1.830,5
16	1.855,0
17	1.886,8
18	1.920,3
19	1.954,2

(3) Die Allgemeine Zulage zum Monatsentgelt nach § 48 lit. a gebührt nicht.

(4) Für Assistenzkräfte, die während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres nicht zu Dienstleistungen verpflichtet werden, gelten die §§ 82 und 84 sinngemäß.

(5) Für Assistenzkräfte, die während der Zeiten außerhalb des Kindergartenjahres zur Dienstleistung herangezogen werden, gilt § 83 Abs. 1, 2 und 4 sinngemäß. § 83 Abs. 3 gilt für diese Assistenzkräfte mit der Maßgabe, dass die erhöhte Dienstzeit mit der Grundvergütung für Überstunden nach § 89 Abs. 2 abzugelten ist.

(6) Die Abs. 4 und 5 gelten nicht für Assistenzkräfte, deren Dienstverhältnis vor dem 20. September 2006 begonnen hat; für diese Assistenzkräfte ist § 91 Abs. 4 und 5 in der Fassung des Gesetzes LGBL. Nr. 51/2007 weiter anzuwenden.“

19. In der Überschrift des § 98a wird das Wort „Gemeinschaftsrecht“ durch das Wort „Unionsrecht“ ersetzt.

20. Im Abs. 6 des § 99 werden im ersten Satz der Betrag „1.998,7 Euro“ durch den Betrag „2.020,7 Euro“ und im dritten Satz der Betrag „2.403,2 Euro“ durch den Betrag „2.428,8 Euro“ ersetzt.

21. Die Abs. 16 und 17 des § 99 haben zu lauten:

„(16) Das Monatsentgelt des vollbeschäftigten Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas III beträgt:

in der Dienstklasse	in der Gehaltsstufe	Entlohnungsgruppe				
		p5	p4	p3	p2	p1
Euro						
I	1	1.226,4	1.253,4	1.280,7	1.308,1	1.335,3
	2	1.241,4	1.272,7	1.305,1	1.335,3	1.368,0
	3	1.256,6	1.291,8	1.329,7	1.362,7	1.400,4
	4	1.271,4	1.310,8	1.354,4	1.390,1	1.433,7
	5	1.286,3	1.329,7	1.379,0	1.417,1	1.466,1
II	1	1.301,5	1.348,8	1.403,3	1.444,3	1.498,9
	2	1.316,3	1.368,0	1.428,0	1.471,5	1.531,4
	3	1.331,3	1.387,1	1.452,4	1.498,9	1.564,2
	4	1.346,2	1.406,0	1.477,1	1.526,1	1.596,7
	5	1.353,3	1.412,5	1.490,7	1.538,7	1.609,7
	6	1.357,5	1.418,7	1.496,0	1.546,1	1.619,8
III	1	1.361,4	1.425,3	1.501,4	1.553,3	1.629,4
	2	1.376,4	1.444,3	1.526,1	1.580,7	1.662,6
	3	1.391,3	1.463,3	1.550,4	1.607,9	1.697,4
	4	1.406,0	1.482,5	1.574,9	1.635,3	1.733,0
	5	1.421,4	1.501,4	1.599,5	1.662,6	1.770,6
	6	1.436,1	1.520,7	1.624,4	1.691,5	1.808,5
	7	1.451,2	1.539,7	1.649,0	1.721,1	1.846,3
	8	1.466,1	1.558,8	1.674,0	1.754,1	1.918,9
	9	1.481,3	1.578,1	1.744,0	1.814,1	1.957,6
IV	1	–	–	–	–	1.688,6
	2	–	–	–	–	1.760,1
	3	–	–	–	–	1.790,8
	4	–	–	–	–	1.868,4
	5	–	–	–	–	1.947,0
	6	–	–	–	–	2.025,7
	7	–	–	–	–	2.104,5
	8	–	–	–	–	2.183,2
	9	–	–	–	–	2.261,9

(17) Das Monatsentgelt des vollbeschäftigten Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas IV beträgt:

in der Dienstklasse	in der Gehaltsstufe	Entlohnungsgruppe				
		e	d	c	b	a
Euro						
I	1	1.223,4	1.277,9	1.332,0	–	–
	2	1.238,5	1.302,2	1.364,6	–	–
	3	1.253,4	1.326,6	1.397,2	–	–
	4	1.268,4	1.351,1	1.430,1	–	–
	5	1.283,2	1.375,5	1.462,6	–	–
II	1	1.298,2	1.399,9	1.495,3	1.495,3	–
	2	1.313,1	1.424,5	1.527,8	1.536,0	–
	3	1.328,0	1.449,0	1.560,5	1.576,9	–
	4	1.343,0	1.473,4	1.592,9	1.617,4	–
	5	1.349,9	1.487,1	1.605,8	–	–
	6	1.354,0	1.492,5	1.615,9	–	–
III	1	1.358,2	1.498,0	1.620,6	1.658,6	1.868,9
	2	1.373,0	1.522,5	1.625,5	1.701,9	–
	3	1.387,8	1.546,7	1.658,6	1.747,0	–
	4	1.402,6	1.571,0	1.693,5	1.792,6	–
	5	1.417,9	1.595,8	–	–	–
	6	1.432,7	1.620,3	–	–	–
	7	1.447,9	1.644,9	–	–	–
	8	1.462,6	–	–	–	–
	9	1.477,7	–	–	–	–
in der Dienstklasse						
in der Gehaltsstufe	IV	V	VI	VII	VIII	VIII
	Euro					
1	1.684,6	2.178,1	2.645,1	3.205,5	4.245,0	5.725,3
2	1.755,7	2.256,4	2.723,0	3.307,2	4.429,6	6.003,3
3	1.786,4	2.334,2	2.799,9	3.408,8	4.613,5	6.281,1
4	1.864,0	2.411,5	2.901,9	3.631,4	4.891,5	6.559,6
5	1.942,5	2.489,4	3.003,5	3.854,5	5.169,2	6.837,4
6	2.020,8	2.567,3	3.104,4	4.061,5	5.447,2	7.115,0
7	2.099,5	2.645,1	3.205,5	4.245,0	5.725,3	–
8	2.178,1	2.723,0	3.307,2	4.429,6	6.003,3	–
9	2.256,4	2.799,9	3.408,8	4.613,5	–	–

Der Landtagspräsident:
van Staa

Das Mitglied der Landesregierung:
Steixner

Der Landesamtsdirektor:
Liener

Der Landeshauptmann:
Platter

Artikel IV

(1) Dieses Gesetz tritt mit 1. September 2010 in Kraft, soweit im Abs. 2 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Mit 1. Jänner 2010 treten in Kraft:

- Art. I Z. 4, 5, 6, 20 und 21 sowie
- Art. I Z. 8 und 10, soweit diese die Erhöhung von Bezugsansätzen betreffen.

Artikel III

Das Monatsentgelt von Assistenzkräften mit Anspruch auf Ferien bemisst sich im Zeitraum vom 1. Jänner 2010 bis zum 31. August 2010 nach § 96 Abs. 2 in der Fassung des Art. I Z. 18.

Artikel II

(1) Das in Sonderverträgen vereinbarte monatliche Sonderentgelt jener Vertragsbediensteten, mit denen vor dem 1. Jänner 2010 ein Sondervertrag abgeschlossen worden ist, wird ab dem 1. Jänner 2010 um 0,9% und danach um 4,- Euro (Staffel) erhöht. Davon ausgenommen ist die Kinderzulage.

(2) Eine Erhöhung nach Abs. 1 ist jedoch nur dann vorzunehmen, wenn sich diese Erhöhung nicht bereits aus dem Sondervertrag ergibt oder im Sondervertrag die Erhöhung des Sonderentgelts nicht an andere Anlässe als Bezugssteigerungen im öffentlichen Dienst geknüpft ist.

52. Gesetz vom 30. Juni 2010, mit dem das Gemeindebeamtengesetz 1970 geändert wird

Der Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Gemeindebeamtengesetz 1970, LGBL. Nr. 9, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 14/2010, wird wie folgt geändert:

1. Im Abs. 1 des § 2 wird in der lit. b der Beistrich durch das Wort „und“ ersetzt.

2. Im Abs. 1 des § 2 wird die lit. c aufgehoben und erhält die bisherige lit. d die neue Buchstabenbezeichnung „c“.

3. Im § 2 wird der Abs. 4 aufgehoben und erhalten die bisherigen Abs. 5 und 6 die neuen Absatzbezeichnungen „(4)“ und „(5)“.

4. Im § 14 wird der Abs. 3 aufgehoben.

5. Im § 37a wird im ersten Satz die Wortfolge „Kommission der Europäischen Gemeinschaft“ durch die Wortfolge „Europäischen Kommission“ ersetzt.

6. Im Abs. 1 des § 46 wird in der lit. f das Wort „Gemeinschaft“ durch das Wort „Union“ ersetzt.

7. In der Überschrift des 6. Abschnitts werden das Wort „Lehrer“ und der nachfolgende Beistrich aufgehoben.

8. § 50 wird aufgehoben und erhalten die bisherigen §§ 50a und 50b die neuen Paragraphenbezeichnungen „50“ und „50a“.

9. Der 7. Abschnitt wird aufgehoben.

10. § 111 hat zu lauten:

„§ 111

Verweisungen

(1) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich Verweisungen auf Landesgesetze auf die jeweils geltende Fassung.

(2) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich Verweisungen auf Bundesgesetze auf die im Folgenden jeweils angeführte Fassung:

1. Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 150/2009,
 2. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,
 3. Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 – APSG, BGBl. Nr. 683, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 56/2005,
 4. Bauern-Sozialversicherungsgesetz – BSVG, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 147/2009,
 5. Behinderteneinstellungsgesetz – BEinstG, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 67/2008,
 6. Bundesministeriengesetz 1986 – BMG, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 3/2009,
 7. Datenschutzgesetz 2000 – DSG 2000, BGBl. I Nr. 165/1999, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,
 8. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 135/2009,
 9. EU-Beamten-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. I Nr. 7/1999, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 118/2006,
 10. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 9/2010,
 11. Gebührenanspruchsgesetz – GebAG, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 52/2009,
 12. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz – GSVG, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 147/2009,
 13. Heeresversorgungsgesetz – HVG, BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,
 14. Hochschulgesetz 2005, BGBl. I Nr. 30/2006, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 134/2008,
 15. Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz – KA-AZG, BGBl. I Nr. 8/1997, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 125/2008,
 16. Kriegsofperversorgungsgesetz 1957 – KOVG 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,
 17. Mutterschutzgesetz 1979 – MSchG, BGBl. Nr. 221, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 116/2009,
 18. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,
 19. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 113/2006,
 20. Strafgesetzbuch – StGB, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 142/2009,
 21. Strafprozessordnung 1975 – StPO, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 142/2009,
 22. Universitätsgesetz 2002 – UG, BGBl. I Nr. 120, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 81/2009,
 23. Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 – VVG, BGBl. Nr. 53, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 3/2008.“
11. Im § 115 werden die Absatzbezeichnung „(1)“ und der Abs. 2 aufgehoben.
12. In der Überschrift des § 116 wird das Wort „Gemeinschaftsrecht“ durch das Wort „Unionsrecht“ ersetzt.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit 1. September 2010 in Kraft.

Der Landtagspräsident:
van Staa

Der Landeshauptmann:
Platter

Das Mitglied der Landesregierung:
Steixner

Der Landesamtsdirektor:
Liener

53. Gesetz vom 30. Juni 2010, mit dem das Innsbrucker Gemeindebeamtenengesetz 1970 geändert wird

Der Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Innsbrucker Gemeindebeamtenengesetz 1970, LGBL. Nr. 44, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 100/2009, wird wie folgt geändert:

1. Im Abs. 1 des § 2 wird in der lit. b der Beistrich durch das Wort „und“ ersetzt.

2. Im Abs. 1 des § 2 wird die lit. c aufgehoben und erhält die bisherige lit. d die neue Buchstabenbezeichnung „c“.

3. Im Abs. 1 des § 35 wird im ersten Satz die Wort-

folge „Kommission der Europäischen Gemeinschaft“ durch die Wortfolge „Europäischen Kommission“ ersetzt.

4. In der lit. a des § 55 wird die Z. 3 aufgehoben.
5. § 103 hat zu lauten:

„§ 103

Verweisungen

(1) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich Verweisungen auf Landesgesetze auf die jeweils geltende Fassung.

(2) Soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, beziehen sich Verweisungen auf Bundesgesetze auf die im Folgenden jeweils angeführte Fassung:

1. Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,
2. Behinderteneinstellungsgesetz – BEinstG, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 67/2008,
3. Bundesministeriengesetz 1986 – BMG, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 3/2009,
4. Datenschutzgesetz 2000 – DSG 2000, BGBl. I Nr. 165/1999, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 135/2009,
5. Entwicklungshelfergesetz, BGBl. Nr. 574/1983, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 135/2009,
6. Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 9/2010,

7. Gebührenanspruchsgesetz – GebAG, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 52/2009,

8. Gehaltsgesetz 1956 – GehG, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 6/2010,

9. Heeresversorgungsgesetz – HVG, BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,

10. Hochschulgesetz 2005, BGBl. I Nr. 30/2006, in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 134/2008,

11. Kriegsoferversorgungsgesetz 1957 – KOVG 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,

12. Mutterschutzgesetz 1979 – MSchG, BGBl. Nr. 221, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 116/2009,

13. Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2010,

14. Schulpflichtgesetz 1985, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 113/2006,

15. Strafgesetzbuch – StGB, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 142/2009,

16. Strafprozessordnung 1975 – StPO, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 142/2009,

17. Universitätsgesetz 2002 – UG, BGBl. I Nr. 120, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 81/2009.“

6. In der Überschrift des § 104 wird das Wort „Gemeinschaftsrecht“ durch das Wort „Unionsrecht“ ersetzt.

Artikel II

Dieses Gesetz tritt mit 1. September 2010 in Kraft.

Der Landtagspräsident:
van Staa

Der Landeshauptmann:
Platter

Das Mitglied der Landesregierung:
Steixner

Der Landesamtsdirektor:
Liener

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.
Vertr.-Nr. GZ 02Z030080 M

DVR 0059463

Herausgeber: Amt der Tiroler Landesregierung
6010 Innsbruck

Das Landesgesetzblatt erscheint nach Bedarf,
die Bezugsgebühr beträgt € 21,- jährlich (ab 1. Jänner 2011 € 60,-).

Verwaltung und Vertrieb:
Landeskanzleidirektion, Neues Landhaus, Zi. A 039.

Druck: Eigendruck